

International

«Die Flucht ist eher eine Chance als ein Risiko»

Menschenrechtsaktivist John Eibner war kürzlich in Syrien. Dort sei das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer kein Thema. Wer das Geld habe, vertraue sich einem Schlepper an.

Mit John Eibner sprach Christof Münger

Unter den Flüchtlingen, die im Mittelmeer ertranken, waren viele Syrer. Sie sind eben aus Syrien zurückgekehrt. Wie haben die Syrer auf diese Katastrophe reagiert? In Syrien spricht kaum jemand von einer Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer. Im Gegenteil: Immer mehr Leute wollen weg. Sie sehen keine Zukunft in ihrem Land, da ist Europa ein attraktives Ziel. Für die meisten Syrer ist die Flucht übers Meer eher eine Chance als ein Risiko. Nur wir sehen das als Problem – und zwar für uns, nicht für die Migranten. Viele Syrer sind bereit, sich Schleppern anzuvertrauen. Ich traf eine verzweifelte Witwe, die offenbar auf einem Boot im Mittelmeer ihren Sohn verloren hat. Aber seine Entscheidung, zu fliehen, stellte sie nicht infrage.

Wird das Risiko einer Überfahrt also weiterhin in Kauf genommen? Das Risiko ist berechenbar. Wie viele Leute sind geflohen, und wie viele sind dabei gestorben? Ich kenne die Zahlen nicht. Aber das Risiko, in Syrien zu bleiben, könnte höher sein. Die Aussicht auf eine Zukunft ist jedenfalls höher, wenn man übers Mittelmeer flieht, als wenn man in Syrien bleibt, wo man leicht Opfer des Kriegs werden kann. Auch eine Zukunft als Sozialfall in Europa ist aussichtsreicher als eine Existenz in Syrien. Vor allem Schweden ist ein populäres Ziel. Aber auch Deutschland ist beliebt.

Und die Schweiz? Die Leute sprechen nicht oft von der Schweiz. Wohl deshalb, weil es nicht so einfach ist, reinzukommen und zu bleiben. Ein Thema ist noch Griechenland als Transitland. Dagegen sagt niemand, er wolle nach Ungarn oder Bulgarien oder Mazedonien, obwohl man auch dort sicher wäre. Aber offensichtlich sind die wirtschaftlichen Chancen anderswo besser. Die Menschen, die fliehen, wollen für sich und ihre Kinder langfristig die Zukunft sichern.

Ist Europa eine Traumdestination, oder würden die Syrer in Syrien bleiben, wenn es keinen Krieg gäbe? Es gibt immer Migration, aber der Nahe und Mittlere Osten ist wie jede andere Region: Wenn die Bewohner friedlich in ihrer Heimat leben können, dann bleiben sie lieber dort. Doch es herrschen eben Chaos und Krieg, und ein Ende ist nicht in Sicht. Als ich 2013 das erste Mal in Syrien war, wirkten die Bewohner noch optimistisch, vor allem in den von der Regierung kontrollierten Gebieten. Sie meinten, dieser Bürgerkrieg werde nicht lange dauern. Heute glaubt das niemand mehr. Zudem haben die Menschen ihre Wohnungen und Häuser verloren, die Infrastruktur des Landes ist zerstört. Und ein Marshallplan für Syrien ist nicht vorgesehen. Investitionen wird es erst geben, wenn das Assad-Regime nicht mehr da ist, und dann nur von den Golfstaaten und der Türkei. Beide Seiten haben eine islamistische Agenda, und das wollen weder die Christen in Syrien noch die meisten Muslime.



John Eibner
Als Mitglied der Geschäftsleitung von Christian Solidarity International (CSI) war Eibner vergangene Woche in Syrien. Er ist Direktor der Nahost-Initiativen des Hilfswerks.

Kann eine Mittelklassefamilie aus Aleppo die Flucht nach Europa überhaupt finanzieren? Es kostet viel, die Ärmsten können das nicht zahlen. Zumal – anders als Afrika – nicht in erster Linie unverheiratete junge Männer fliehen, sondern ganze Familien. Deshalb ziehen viele in Gebiete, die von der Regierung kontrolliert werden, dort sind sie einermassen sicher. Weite Teile von Damaskus oder Gebiete an der Mittelmeerküste sind vom Krieg derzeit nicht betroffen. Aber das kann sich schnell ändern.

Wie soll Europa auf die Flüchtlingskrise reagieren? Was Syrien betrifft, sollte der Westen alle Konfliktparteien unter Druck setzen, das Töten zu stoppen. Unterstützt von Washington koalitiert die sogenannte Freie Armee derzeit mit den Islamisten von der Nusra-Front gegen das Regime.

So gibt es keinen Frieden. Die einzelnen Kämpfer wechseln von Rebellengruppe zu Rebellengruppe, je nachdem, wo sie besser bezahlt werden. Es geht nur noch am Rande um Ideologie.

Ist Assad nun ein Teil der Lösung oder wie bisher des Problems? Er ist offensichtlich beides. Ich kann mir aber keine politische Lösung vorstellen, bei der er nicht einbezogen wird. Wenn er jetzt eliminiert würde, nähme das vollständige Chaos wohl noch zu.

Ist die Konsequenz davon, dass die EU unter anderem mit Bashar al-Assad reden müsste, um den Flüchtlingsstrom zu stoppen? Wenn die Europäer das tatsächlich wollen, wäre es sinnvoll. Aber die EU übt keinen Druck aus auf ihn wie auch nicht auf die Rebellen von der Freien Armee. Ich schliesse daraus, dass der Stopp des Flüchtlingsstroms bei der EU nicht die höchste Priorität hat. Jetzt wird nur darüber gesprochen, weil das Thema in den Medien ist. Aber eine ernsthafte Reaktion gibt es nicht.

Ist der EU-Vorschlag, die Flüchtlinge auf alle Mitgliedsländer zu verteilen, nur für die Galerie? Damit wird das Problem nicht gelöst, sondern nur gemanagt. Die Ursachen der Krise mit den Flüchtlingen bleiben bestehen, nämlich, dass sich die Syrer in ihrem Heimatland nicht mehr sicher fühlen. Und da macht Europa nichts. Im Gegenteil: Der französische Präsident François Hollande fordert den Sturz von Assad, während er gleichzeitig Verträge unterschreibt, um teure Waffen an die Golfstaaten zu liefern. Die eigentliche Priorität ist das Geld. Würde die EU die Saudis und die Golfstaaten drängen, sich für einen Frieden in Syrien einzusetzen, gingen Europas Einnahmen aus dem Waffengeschäft an China verloren.

Konkret: Was müsste Europa denn tun? Brüssel müsste alles daran setzen, Washington und Moskau an einen Tisch zu bringen, um diese Krise zu entschärfen. Wenn im Irak und in Syrien eine politische Lösung gelingt, ergeben sich auch ökonomische Möglichkeiten für Europa. Und jene Flüchtlinge, die dann immer noch kommen, könnte man guten Gewissens zurückschicken. Das ist heute nicht der Fall.



Aktivist Ilja Jaschin präsentiert den Nemzow-Report. Foto: Maxim Zmeyev (Reuters)

Nemzows Erbe belastet den Kreml

Der Bericht des ermordeten Oppositionspolitikers zum Ukraine-Krieg wurde am Dienstag veröffentlicht.

Julian Hans
Moskau

Bei der Schlacht um die ukrainische Stadt Debaltsewe sind im Februar 70 russische Soldaten umgekommen. Bei der Offensive der Separatisten gegen die vorrückende ukrainische Armee starben im August 2014 mindestens 150 russische Soldaten. Insgesamt kostete der Krieg in der Ostukraine den russischen Haushalt bislang umgerechnet gut eine Milliarde Franken. Dazu kommen nochmals 1,5 Milliarden für die Versorgung der Menschen, die aus den umkämpften Gebieten nach Russland fliehen.

Zu diesen Ergebnissen kommt der Bericht «Putin - der Krieg», den der russische Oppositionelle Boris Nemzow seit Beginn des Jahres vorbereitet hat. Parteifreunde des Ende Februar ermordeten Putin-Gegners stellten das Ergebnis am Dienstag in Moskau vor. Es ist die umfassendste Sammlung von Belegen für eine russische Beteiligung am Krieg mit mehr als 6000 Toten. «Alle grossen militärischen Erfolge der Separatisten wurden durch den Einsatz russischer Soldaten erzielt», sagte Ilja Jaschin, der den Moskauer Verband von Nemzows Partei leitet. Der Bericht solle der Aufklärung der Menschen in Russland dienen, die aus dem staatlich gelenkten Fernsehen nicht die Wahrheit erfahren.

Nach Auffassung der Kreml-Kritiker war die Annexion der Krim keineswegs ein Erfolg, wie es die politische Führung darstellt und wie es eine Mehrheit der Russen glaubt. Vielmehr habe der Konflikt das Land in eine tiefe Wirtschaftskrise und in die internationale Isolation geführt und von seinem Brudervolk getrennt. «Kein Volk ist den Russen näher als die Ukrainer», sagte Jaschin, der ein enger Freund Nemzows war. Früher oder später werde Präsident Putin gehen, «aber wir müssen mit den Ukrainern leben». Die Bedingung für eine Versöhnung sei es, die Wahrheit zu sagen, «dafür ist dieser Bericht ein Anfang».

Auf 65 Seiten fassen die Autoren zum Teil bereits bekannte Indizien für eine Beteiligung des russischen Militärs in der Ostukraine zusammen und ergänzen

zen diese durch neue Untersuchungen und Analysen. Unter den Autoren sind der ehemalige Vizepremier Alfred Koch und der Ex-Zentralbank-Vize Alexei Alexaschenko, der die volkswirtschaftlichen Kosten des Krieges berechnete.

Ein grosser Teil der Informationen stammt aus offen zugänglichen Quellen. Ausserdem sollen Angehörige gefallener Soldaten Nemzow um Hilfe gebeten haben, weil ihnen die versprochenen Entschädigungen nicht ausgezahlt wurden. Das bestätigt andere Berichte, wonach Soldaten genötigt werden, ihren Dienst zu kündigen, um dann beim Grenzübergang in die Ukraine Verträge als Söldner zu unterschreiben, um damit den Einsatz zu kaschieren. Dabei wurde ihnen offenbar mündlich zugesichert, im Falle einer Verwundung dieselben Entschädigungen zu bekommen wie reguläre Angehörige der Streitkräfte.

Darüber, ob der Mord an Nemzow in direktem Zusammenhang mit der geplanten Veröffentlichung steht, wollen seine Parteifreunde nicht spekulieren. Derzeit stecken die Ermittlungen fest, weil es sich als unmöglich erwiesen hat, in Tschetschenien zu ermitteln.

«Offene Gespräche»
Kerry trifft sich mit Putin

Einen Tag vor dem Nato-Aussenministertreffen haben US-Aussenminister John Kerry und Russlands Präsident Wladimir Putin am Dienstag über die Ukraine-Krise beraten. Die Gespräche im russischen Sotschi seien offen gewesen, teilte Kerry per Twitter mit. Es sei wichtig, in Kontakt zu bleiben. Kerry konfeierte auch mit seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow. Dessen Ministerium erklärte, Russland sei zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den USA bereit. Dies müsse aber auf Augenhöhe geschehen. Lawrow sagte seinem US-Amtskollegen, die Sanktionen, die der Westen gegen Russland insbesondere wegen dessen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim verhängt hat, führten nur in eine Sackgasse. Russland werde sich dem Druck nicht beugen und gebe seine nationalen Interessen nicht auf. (SDA) Analyse Seite 9

Tausende Flüchtlinge treiben auf dem Ozean

In Südostasien entwickelt sich ein neues Drama: Das harte Durchgreifen Thailands gegen Schlepperbanden hat dramatische Konsequenzen für die Flüchtlinge.

Arne Perras
Singapur

Die Leute auf dem Schiff sehen Land, es ist nicht weit bis zur malaysischen Küste. Aber sie können ihr Boot nicht steuern, der Kapitän hat sich abgesetzt, den haben Motor ausgebaut und die etwa 350 Flüchtlinge an Bord zurückgelassen. Sie haben seit drei Tagen kein Wasser und kein Essen. So erzählte es ein Migrant, als er einen Notruf an eine Hilfsorganisation absetzte und um Rettung flehte.

Solche Boote tauchen in den letzten Tagen überall vor den Küsten im nordöstlichen Indischen Ozean auf. Schiffe, vollgepackt mit Migranten. Schlepperbanden haben sie in diese Gewässer gesteuert. Wäre alles wie immer, so hätten sie ihre menschliche Fracht längst in Thailand an Land gebracht, in einem ihrer Lager versteckt und dann, gegen Bezahlung einer horrenden Summe, ausgelöst. Doch nichts ist mehr, wie es war. Ihr Geschäft ist in Südostasien schwierig geworden. Mit dramatischen Konsequenzen für die Flüchtlinge in den Booten.

Die Internationale Organisation für Migration schätzt, dass etwa 8000 Men-



TA-Grafik

nen, der Süden Thailands ist für sie zu riskant geworden. Indonesiens Militär schickte eines der Schiffe mit etwa 400 Menschen an Bord wieder auf die offene See hinaus. «Die Passagiere waren am Leben und in guter Verfassung», erklärte ein Sprecher. «Sie baten um Hilfe und wollten nicht nach Indonesien. Sie wollten nach Malaysia. So haben wir sie wieder auf den Weg geschickt, nachdem wir ihnen Essen, Wasser und Medizin gegeben haben.» Am Wochenende ist in der indonesischen Provinz Aceh ein Boot mit 500 Menschen gestrandet. Und im benachbarten Malaysia, auf der Insel Lankawi, kamen mehr als 1000 Flüchtlinge an.

Es wird deutlich, dass der Staatenverbund Asean kaum gewappnet ist, um mit diesen grenzübergreifenden Problemen fertigzuwerden. Rufe nach einem Flüchtlingsgipfel sind laut geworden, doch die Interessen der einzelnen Staaten gehen weit auseinander. In den Zielländern gibt es genügend Geschäftemacher in der Schattenwirtschaft, die darauf warten, Migranten mit niedrigsten Löhnen oder gar als Zwangsarbeiter auszubeten. Keiner der Staaten der Region möchte mit dem schmutzigen Milliardengeschäft in Verbindung gebracht werden, das nur funktionieren kann, wenn die Schlepperbanden Komplizen in lokalen Behörden oder in den Sicherheitsapparaten haben. Thailand zumindest gibt sich nun entschlossen. Premier Prayuth Chan-ocha hat erklärt, er werde die Schlepper nicht mehr dulden.

schon vor den Küsten in Booten treiben. Die meisten kommen aus Burma oder Bangladesh, sie suchen Arbeit oder fliehen vor Not und Verfolgung in ihren Ländern. Darin ähneln sie den Flüchtlingen im Mittelmeer. In der Inselwelt Südostasiens geraten viele in die Falle der Zwangsarbeit, sei es auf Fischereikütern, in Fabriken oder auf Plantagen. So haben sich im Laufe der Jahre auch in Südostasien Menschenströme im Verborgenen entwickelt, geleitet von kriminellen Netzwerken, die damit in ganz Asien laut der UNO zwei Milliarden Dollar pro Jahr verdienen. Doch inzwischen herrscht Unruhe, weil Thailands Militärregierung einen Feldzug gegen die Menschenschlepper ausgerufen hat. Die Schiffe haben jetzt kein Ziel mehr, das sie ansteuern kön-

Nachrichten

Grossbritannien
Cameron will EU-Referendum vorziehen

Die neue britische Regierung will das Referendum über die weitere EU-Zugehörigkeit Grossbritanniens möglichst schon im Sommer oder Herbst nächsten Jahres durchführen. Der Sprecher von Premier David Cameron bestätigte gestern entsprechende Medienberichte. Damit rückt die Möglichkeit eines «Brexit», eines britischen Abgangs aus der EU, um ein volles Jahr näher als ursprünglich geplant. Cameron hofft, noch im Jahr 2015 einen besseren Deal für Grossbritannien mit der EU auszuhandeln, um dann im nächsten Jahr seine Landsleute zu befragen, ob dieser Deal den weiteren Verbleib in der EU rechtfertigt. (P.N.)

Burundi
Polizei schießt auf Demonstranten

Im ostafrikanischen Burundi ist die Polizei erneut gewaltsam gegen Demonstranten vorgegangen, die gegen die Kandidatur von Präsident Pierre Nkurunziza protestierten. Mindestens ein Demonstrant wurde dabei am Dienstag von der Polizei in der Hauptstadt erschossen. Das berichteten ein Korrespondent der Nachrichtenagentur AFP und andere Augenzeugen. Mindestens zwei weitere Demonstranten wurden durch Schüsse verletzt. Seit Beginn der Proteste Ende April wurden in Burundi mindestens 20 Menschen getötet und zahlreiche Oppositionelle verhaftet. Mehr als 50 000 Menschen flohen aus dem Land. (SDA)